

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXIII/39

Bonn, don 23. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Hilfe für Vietnam ----- Linderung des menschlichen Leids im Mittelpunkt	31
2 - 3	Die Nation und der Friede ----- SPD-Friedenspolitik aus guter Tradition Von Bruno Friedrich, Direktor der Heimvolkshochschule in Würzburg	85
4	Rolf Gustav Haebler ----- 80 Jahre - und noch immer aktiv !	42
5 - 6	Blick hinter die Kerkernauern ----- "Ich tue doch nur meine Pflicht !" Von Dr. Basil Mathiopoulos	62

* * *

Hilfe für Vietnam

Linderung des menschlichen Leids im Mittelpunkt

sp - Seit in Hue deutsche Ärzte von Vietcong gefangengenommen wurden, ist die Öffentlichkeit auf die Arbeit unserer Helfer in Vietnam aufmerksam geworden. Sie verdient unsere Aufmerksamkeit. Was von Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern des Deutschen Roten Kreuzes und des Malteserhilfsdienstes an verschiedenen Orten Vietnams geleistet wird, mag wenig sein im Vergleich mit dem Massenelend in Vietnam. Aber die vielen Tausende von Vietnamesen, denen von unseren Helfern in ambulanter und stationärer Behandlung Erleichterung geschaffen wurde und wird, wissen dieses Engagement zu schätzen als ein Zeichen unserer Solidarität mit einem Volk, das in der Konfrontation von Weltmächten, Interessen und Ideologien zerrieben zu werden droht.

Die Sicherheit unserer Helfer, auch der Sozialhelfer in den Blendsvierteln Saigons, beruht heute einzig und allein auf der Anerkennung, die sie in allen Teilen der Bevölkerung, von den südvietnamesischen Regierungsstellen bis zum Vietcong, gefunden haben. Solange ihnen diese Sicherheit ausreicht, haben wir keinen Grund, sie zurückzuberufen. Im Gegenteil: wenn genügend Freiwillige zur Verfügung stehen, sollten wir diese Hilfe noch verstärken. Aber wir tun gut daran, ihre humanitäre Funktion nicht dadurch zu erschweren, daß wir ihr einen politischen Akzent geben. Es geht hier um die Hilfe an leidenden Menschen, die niemand nach ihrer politischen Überzeugung fragt.

Es ist auch zu begrüßen, daß die Bundesregierung durch ein wohl-
abgewogenes Sofortprogramm besonders knappe Lebensmittel, Arzneimittel und Textilien nach Vietnam schickt. Aber wir müssen endlich von dem Gedanken Abschied nehmen, man könne in Vietnam Entwicklungshilfe betreiben, als gäbe es dort keinen Krieg. Die für den Steuerzahler reichlich kostspieligen Erfahrungen, welche die letzte Bundesregierung mit ihrem Projekt einer Düngemittelfabrik machen mußte, sollten zu denken geben. Dies ist nicht der Augenblick für langfristige Projekte, nicht einmal für den Bau von Krankenhäusern und Studentenwohnheimen, sondern für die Linderung menschlichen Leids.

Die Nation und der Friede

SPD-Friedenspolitik aus guter Tradition

Von Bruno Friedrich

Direktor der Heimvolkshochschule in Würzburg

Wer Deutscher und Demokrat ist, wer die deutsche und die europäische Geschichte der letzten 100 Jahre kennt, wird das Wort Nation nicht ohne Scheu verwenden. Für viele von links ist das Wort "Nation" das Stammwort für Nationalismus, nicht wenige auf der rechten Seite gebrauchen das Wort "Nation" zur Erneuerung alter Positionen, die freilich nur als Fiktionen, nicht als politische Realitäten zu halten sind.

Die deutschen Sozialdemokraten haben in dieser Auseinandersetzung um die Frage, was Nation heute bedeuten kann, eine Antwort zu geben, die nichts gemein hat mit frustrierter Ablehnung, die aber auch auf Distanz nicht nach Nationalismus alter Prägung riechen darf.

Der deutsche Nationalismus alter Prägung, der Nation als den höchsten aller Werte, als übergreifenden Wert mißverstanden hat, dieser mit Hochmut und Größenwahn verbundene Nationalismus, der das Recht auf Selbstbehauptung der Nation mißverstanden hat als Recht der Herrschaft über andere Nationen, dieser Nationalismus war und ist unsere Sache nicht.

Der Versuch mancher Leute in der Bundesrepublik, vor allem in der NPD, an geistige Positionen dieser Vergangenheit anzuknüpfen, ist Zeichenflederei. Was mancher von rechts als Zeichen der Wiedergeburt deutet, ist der Reflex eines Leichnams. Es kann, es darf, es wird nach den Katastrophen von 1918 und 1945 keine Fortsetzung des deutschen Nationalismus im Stile des Wilhelminischen Reiches, noch weniger als "geläuterten Vaterlandsbegriff" des NS-Reiches geben.

Gerade deshalb können wir es nicht den Metischisten des NS-Reiches überlassen, den Begriff Nation zu definieren. Wir müssen zu einem Begriff von Nation finden, der nicht vom Schatten imperialistischen Größenwahns, nicht vom Schatten der NS-Diktatur verdunkelt werden kann.

Der deutsche Nationalismus des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann nicht fortgesetzt werden, wohl aber gibt es einen Fortbestand der deutschen Nation.

Die neue Friedens- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung, der wichtigste sozialdemokratische Beitrag zur Großen Koalition, hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Nation und Friede als Einheit betrachtet werden können, denn:

1. Die Überwindung des alten Nationalismus ist nur möglich durch die friedliche Verständigung, nicht durch die Auflösung der Nationen. Der Friede der Nation ist die Voraussetzung für den Frieden der angrenzenden Nationen, ohne zum Frieden bereits angrenzende Nationen gibt es auch keinen Frieden der Nation. Friede wird vertraglich nicht zwischen als Einzelpersonen auftretenden Weltbürgern, sondern zwischen weltbürgerlich denkenden Nationen geschlossen.
2. Wir müssen lernen, daß man nicht entweder ein Deutscher oder ein Europäer, ein Deutscher oder ein Weltbürger ist, daß man vielmehr Deutscher, Europäer und Weltbürger zugleich sein kann. Bei kritischer Selbstprüfung müssen wir zugeben, daß wir Europa erst zu lieben begannen, als wir die Nation verloren hatten. Vielleicht hat man deshalb unsere Liebe zu Europa mit gemäßigter Freundlichkeit betrachtet und Rückfälle nie ganz ausgeschlossen.
3. Der Wille zur Vereinigung der getrennt lebenden Deutschen hat zur Voraussetzung den Willen zur Einheit der Nation. Der Wille, eine Nation zu bleiben, kann nicht als Rückfall in den Nationalismus interpretiert werden.

Im Anschluß an die Konferenzen von Moskau und Teheran, im April 1944 schrieb der Exil-Vorsitzende der SPD, Hans Vogel, an den Vorstand der Labour-Party, die damals in Großbritannien an der Regierung beteiligt war: "Wenn aber dieser Krieg endet mit der Vernichtung der Existenzgrundlagen des deutschen Volkes, sei es durch weitgehende Annexionen oder durch die Aufteilung des Reiches, werden die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im deutschen Volk, die allein eine wirkliche innere Wandlung in Deutschland durchzuführen vermögen, einem aggressiven Nationalismus gegenüberstehen, der eine politische Gesundung unmöglich machen wird. In einem solchen Zustand wird auch die Normalisierung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, die eine elementare Voraussetzung für eine dauerhafte friedliche Entwicklung Europas ist, nicht verwirklicht werden können."

Das waren, bedenkt man den Stand der deutschen Dinge im Jahr 1944, mutige und prophetische Worte zugleich. Sie waren nicht neu als Standort der deutschen Sozialdemokratie. Friedenspolitik und nationale Politik haben die deutschen Sozialdemokraten immer als Einheit betrachtet, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Friedrich Ebert und der sozialdemokratische Widerstand zwischen 1933 und 1945, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. "Die Tradition einer vernünftigen, völkerversöhnenden Außenpolitik etwa, die August Bebel begründete, als er 1871 im Norddeutschen Reichstag gegen die Annexion Elsaß-Lothringens stimmte, ist durch alle Umschwünge und Katastrophen hindurch von der deutschen Sozialdemokratie nie verraten worden, und sie lebt auch heute noch" - schreibt Golo Mann in seiner Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Willy Brandt und Herbert Wehner stehen mit ihrer Außen- und Deutschlandpolitik in dieser sozialdemokratischen Tradition. Seit einem Jahr ist sozialdemokratische Friedenspolitik Teil der Politik der Bundesregierung.

Rolf Gustav Haebler

80 Jahre - und noch immer aktiv!

A.B. - Der Baden-Badener Stadtrat Rolf Gustav Haebler, seit 50 Jahren aktiver Sozialdemokrat, heute Ehrenvorsitzender der SPD in seiner Vaterstadt, vollendete dieser Tage sein 80. Lebensjahr. Das Fernsehen, der SWF und der Südfunk Stuttgart berichteten über sein Leben und Werk, ebenso nahezu alle badischen Zeitungen; denn Haebler ist auch Ehrenmitglied des Presseverbandes Baden, seit 1905 und heute noch publizistisch tätig als Redakteur und freier Journalist. Und unter den vielen Gratulanten waren mit Oberbürgermeister und Gemeinderat des Kurorts auch der Landtag von Baden-Württemberg vertreten.

Seit 1908 badischer Lehrer, schon früh als schulpolitischer Historiker mit dem Robert-Ribbentrop-Preis ausgezeichnet, gründete Haebler bald nach 1918 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Baden, und ebenso war er Mitgründer des Bundes Religiöser Sozialisten in Baden; war Mitglied des Reichsvorstandes der Deutschen Friedensgesellschaft und vor allem: Abgeordneter des Badischen Landtages von 1923 an.

1933 wurde R. G. Haebler als erster badischer Lehrer von den Nazis kurzerhand aus dem Schuldienst entlassen; 1941 erhielt er "Schreibverbot"; 1944, nach dem Attentat auf Hitler, holte ihn die Gestapo.

Nach 1945 wurde Haebler von der Besatzungsmacht in Baden-Baden zum Bürgererrat ernannt; war dann beratend in der Kulturabteilung des Generalgouvernements der Zonenzentrale tätig; seit 1956 ist er - übrigens hier Nachfolger seiner Frau, bis dahin Beigeordnete in der Stadtverwaltung - Mitglied des Baden-Badener Gemeinderates. Eine Fülle von Ehrungen folgten seit dem 70. Geburtstag: Bundesverdienstkreuz, Stadtarchivar e.h., der Heimatpreis der Stadt Baden-Baden, Preis der Otto-Wels-Gesellschaft Baden-Baden, Vizepräsident der Josef-Sailer-Stiftung / Volksschauspiele Ottheim, Ehrenvorsitzender der Philosophischen Gesellschaft Baden-Baden und anderes, noch kürzlich im Zug einer späten Wiedergutachtung die Ernennung zum Oberschulrat i.R.

Neben diesen so bezeichnenden Stationen seines Lebens sei noch einiges aus den literarischen Schafften von R. G. Haebler genannt: ein Drama, ein Roman, "politische" Novellen, die Geschichte der Entstehung des Großherzogtums Baden, Badische Geschichte, eine Biographie von Ludwig Frank - und viele, viele hunderte schulpolitischer und pädagogischer Aufsätze und wissenschaftlicher Untersuchungen, wie auch feuilletonische Arbeiten in einigen Dutzend Zeitschriften und Zeitungen. Darunter übrigens auch jahrelang Berichte in der "Demokratische Gemeinde" über aktuelle Kommunalpolitik in Baden-Württemberg.

Welch erfülltes Leben! Und zugleich Schicksal eines seit fünf Jahrzehnten aktiven Sozialdemokraten - vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik, Aufstieg, Verfolgung, erneute Bewährung und nunmehr weithin gültige Anerkennung! Auch von uns, besonders von uns!

Blick hinter die Kerkermauern

"Ich tue doch nur meine Pflicht"

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Als der Europarat Ende Januar mit überwältigender Mehrheit die griechische Militärregierung aufforderte, binnen eines Jahres die demokratische Rechtsordnung wiederherzustellen, anderenfalls werde Athen vom Rat ausgeschlossen, stand dies in einem gewissen Gegensatz zur diplomatischen Anerkennung, die wenige Tage zuvor westliche Regierungen ausgesprochen hatten. Besonders die britische Regierung hatte argumentiert: Die Junta sei offensichtlich Herr der Lage in Griechenland. Die Verurteilung der derzeitigen Machthaber in Athen ist auf einen Bericht zurückzuführen, den der britische Rechtsanwalt Marecco und sein amerikanischer Kollege Becket über die Menschenrechtskommission dem Europarat vorgelegt hatten. Vom 30. Dezember vergangenen Jahres bis zum 26. Januar führten die beiden Rechtsanwälte im Auftrag der "Amnesty International" in Griechenland Untersuchungen an, um genaue Unterlagen über die Methoden zu erhalten, mit denen die Obristen seit dem 21. April 1967 gegen ihre politischen Gefangenen vorgehen.

Aus dem Bericht geht eindeutig hervor, daß die Anwendung der Folter eine weitverbreitete offizielle Praxis gegenüber griechischen Bürgern ist, die der aktiven Opposition gegen die Regierung verdächtigt werden. Da die Asphalia (der Sicherheitsdienst) und die Stratiotiki Astinomia (die Militärpolizei) vor allem auf dem breiten Lande durch ihre Terrorregime eine lähmende Angstpsychose erzeugt haben, konnten die Beauftragten der Amnesty International in erster Linie nur Freigelassene befragen und untersuchen, die in der Hauptstadt wohnen. Trotz dieser Schwierigkeiten wurde in einem erschreckenden Ausmaß die Skala der Brutalitäten bekannt, die sich hinter dem nichtssagenden Wort Belagerungszustand verbergen, mit dem die Junta seit über zehn Monaten ihre Herrschaft manifestiert.

Nach dem vorliegenden Bericht gibt es 12 verschiedene Foltermethoden, von Schlägen aller Art, wie sie bei Verhören üblich waren, bis

zu sexual-sadistischen Exzessen. Bei der Falanga, einer in der türkischen Herrschaft praktizierten Bestrafung, wurden die Häftlinge auf eine Bank festgebunden und ihre Fußsohlen durch Stockhiebe bearbeitet. Auspeitschen war ebenso bekannt wie Sandsackhiebe auf den Kopf. Manche Gefangene wurden durch Stoffknebel, die unter Umständen mit Urin getränkt wurden, bis zum Erstickten gequält. Aufhängen an den Handgelenken, Ausreißen von Kopf- und Körperhaaren, Verbrennungen an den Genitalien, Ausreißen der Finger- und Nägel, das Einreiben empfindlicher Körperstellen mit Pfeffer und Elektroschocks sollten die Opfer systematisch müde machen. In einigen Fällen wurden fingierte Erschießungen mehrmals wiederholt. Andere Gefangene zwang man, an den Folterungen ihrer Leidensgenossen teilzunehmen. Der Kommunist Theodorakis, der selbst körperlich nicht mißhandelt wurde, erlitt einen Nerven zusammenbruch, weil er von seiner Zelle aus immer die Schreie der Gequälten hörte. Die Zellen im Dionysos-Lager, in der Nähe Athens, stehen zehn Zentimeter unter Wasser, so daß die Gefangenen wochenlang sogar ihre Notdurft verrichten mußten.

Die Kommission stellte fest, daß auch nach der von der Junta propagandistisch hochgespielten Weihnachtsamnestie sich allein in den Konzentrationslagern der Inseln Heros und Jaros zur Zeit noch rund 2.800 Gefangene, darunter 240 Frauen, befinden. Nur 500 von ihnen könnte man im weltanschaulichen Sinn als Kommunisten bezeichnen.

Die Beauftragten der Amnesty betonten, daß die Maßnahmen der Sicherheits- und Militärpolizei von keiner übergeordneten Stelle eingeschränkt würden. Polizeidirektor Lambrou, der neben zehn anderen Beamten für die offizielle Anwendung dieser Methoden verantwortlich gemacht wurde, rechtfertigte sich mit dem Hinweis: "Ich tue doch nur meine Pflicht!" Und Innenminister Pattakas, der noch in der Vorwoche vier SPD-Abgeordnete als Freunde der Kriminellen auf den Inseln bezeichnet hatte, erklärte in Athen zu dem Bericht der Amnesty International: "Was diese beiden Herren schreiben, ist pure Verleumdung. Ich weiß nichts von solchen Mißhandlungen und bis jetzt hat sich noch kein Mißhandelter bei mir beschwert!"